

**toscaniwetter**

Am Tag nach dem Debakel warf Stephan Toscani seinen Hut in den Ring. Der 55-jährige bisherige Landtagspräsident kandidiert für den Vorsitz der Saar-CDU. Das gab der abgewählte Ministerpräsident und scheidende CDU-Landeschef Tobias Hans bekannt. Nach fast 23 Jahren muss sich die Partei als Oppositionspartei neu formieren. Als Jurist war Toscani lange Landesminister in verschiedenen Ressorts, der Parteitag ist nun für den 25. Mai terminiert. Das Wetter in Italien: 15 Grad, Regen.



Spätestens nach der Wahl habe Söder ein „fettes Problem“, so ein Abgeordneter. Foto: Sven Hoppe/dpa

**Fast 100.000 Hektar Bauland**

Studie: Bis zu vier Millionen Wohnungen möglich

Fast 100.000 Hektar oder 140.000 Fußballfelder – so viel Bauland steht in Deutschland zur Verfügung. Das ist das Ergebnis einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Auftrag des Bundesbauministeriums, deren Ergebnisse am Dienstag vorgestellt wurden. Die Studie beziffert die baureifen und potenziell bebaubaren Flächen in den deutschen Städten und Gemeinden demnach auf mindestens 99.000 Hektar.

Zwei Drittel dieser Flächen seien für das Wohnen vorgesehen. Realisieren ließen sich darauf bis zu zwei Millionen Wohnungen – bei „dichterer Bebauung oder Nutzung“ sogar das Doppelte. Gemeint sind damit unter anderem Gebäudeaufstockungen, Dachausbauten, bebaubare Verkehrsflächen sowie das Bauen in zweiter Reihe und in Innenhöfen.

„Es gibt ausreichend Bauland in Deutschland“, sagte dazu Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD). „Das ist das Potenzial, das wir brauchen, um 400.000 Wohnungen jährlich, davon 100.000 Sozialwohnungen, zu bauen.“ Wichtig sei nun das „kluge Nutzen von Brachflächen und Baulücken“, um unter anderem Versiegelung zu vermeiden.

BBSR-Leiter Markus Eltges forderte „kluge Baukonzepte und -vergaben“, damit auf dem Bauland „nicht nur hochpreisige Wohnungen entstehen, sondern auch bezahlbarer Wohnraum“. Dazu müsse auch die Bevölkerung vor Ort früh mit einbezogen werden.

Für die Studie befragten das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung und das Institut der deutschen Wirtschaft deutschlandweit knapp 3.000 Städte und Gemeinden. (AFP)



**Es grummelt in Söders Truppe**

Im Herbst 2023 wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Schon jetzt streitet die CSU-Fraktion über ihren Vorsitzenden. Könnte es bald eng werden für Markus Söder?

Aus München **Dominik Baur**

Nein, sein jüngster Vorstoß richtet sich nicht gegen Ministerpräsident Markus Söder, dementierte der CSU-Landtagsabgeordnete Ernst Weidenbusch vergangene Woche auf Twitter. Gut, seine präzisen Worte lauteten etwas anders: „Was posten Sie eigentlich für einen Müll“, schrieb er. „Haben Sie gekokst oder glauben Sie das wirklich?“ Adressat war Bayerns SPD-Chef Florian von Brunn, der zuvor behauptet hatte, dass Weidenbusch „die Jagd auf Markus Söder eröffnet“ habe.

Nun muss man wissen, dass Weidenbusch nicht nur Politiker, sondern auch Jagdverbandspräsident ist, was bei politischen Gegnern und Journalisten einen geradezu zwanghaften Reflex zu einschlägigen Metaphern auszulösen scheint. Vor allem aber sollte man wissen, dass Weidenbusch in seiner Fraktion gerade mächtig für Unruhe sorgt. Dabei geht es, zumindest vordergründig, um den Fraktionschef Thomas Kreuzer. „Mit Thomas Kreuzer werden wir die Wahl nicht gewinnen“, zitiert der Bayerische Rundfunk Weidenbusch.

Im Herbst 2023 wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt, und Söder ist längst nicht der Einzige, der diese Wahl als „Schicksalswahl“ tituliert. Zuletzt lag die CSU, die bei den Landtagswahlen 2018 mit 37,2 Prozent der Stimmen bereits auf ein historisches Tief gefallen war, in Umfragen bei 35 bis 37 Prozent.

„Meiner Meinung nach bleiben Thomas Kreuzer noch etwa sechs Wochen Zeit, von sich aus seine Nachfolge zu organisieren, sonst wird es eine Dynamik in der Fraktion geben, die er nicht mehr aufhalten kann“, prophezeit Weidenbusch. Unmut gibt es tatsächlich. Es sei schon eine „Grundunzufriedenheit“ mit dem Austausch zwischen Abgeordneten und der Staatsregierung festzustellen, sagt ein Abgeordneter. Oder vielmehr: mit dem fehlenden Austausch. „Es sind viele sauer und denken sich: Wer fragt uns eigentlich noch?“ Kreuzer gilt nicht als der Mann, der Initiati-

ven aus der Fraktion heraus fördert, sondern als loyaler Söder-Vertrauter, der versucht, seine Leute auf dem Kurs des Ministerpräsidenten zu halten.

Aktuell sorgen auch persönliche Befindlichkeiten für schlechte Stimmung in der Fraktion. Nach Söders Kabinettsumbildung im Februar gab es einige Übergänge und Geschasste, die nun erst einmal mit ihrer Enttäuschung klarkommen müssen.

An diesem Mittwoch nun soll es in der Fraktionsitzung eine Aussprache geben. Ein freiwilliger Rückzug Kreuzers gilt als unwahrscheinlich, mangels klarer Alternative rechnet aber auch niemand mit einer Revolte. Es gebe keinen Rädelsführer, Weidenbusch selbst, so heißt es, sei lediglich ein Krawallmacher, eine „unguided missile“, aber bestimmt kein Mehrheitsführer.

Die Frage, die sich vor allem aber stellt, ist: Geht es überhaupt um Kreuzer? Womit wir wieder bei der These von Brunns wären, dem des Rauschgiftkon-

sums verdächtigten SPD-Chef, wonach die eigentliche Zielscheibe Söder ist. „Kreuzer ist nicht das Thema. Wenn, dann ist Söder das Thema“, hört man auch aus der CSU-Fraktion.

Diese folgt dem Ministerpräsidenten erfahrungsgemäß blindlings – solange sie in ihm einen Garanten für ihre Wiederwahl sieht. Doch mit schwindender Zustimmung in der Bevölkerung nimmt auch die Euphorie der Parlamentarier für den Anführer und dessen Alleingänge ab.

Es könnte also eng werden für Söder. Es gebe zwei Lager in der Fraktion, erzählt der Abgeordnete, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will: Während die einen meinen, man könne mit einem Söder in keinen Wahlkampf mehr ziehen, fänden die anderen, es wäre das Gefährlichste, den Amtsinhaber noch vor der Wahl zu ersetzen.

Spätestens aber nach der Wahl, so der Abgeordnete, habe Söder „ein fettes Problem“ – sollte er nicht überraschenderweise ein Superergebnis einfahren.

**Asyl für Deserteure gefordert**

Der Bundestag soll kriegsflüchtigen Russen und Ukrainern zu sicherem Aufenthalt verhelfen, so NGOs

Von **Christian Rath**

Zahlreiche Organisationen der Flüchtlings- und Friedensbewegung fordern die Bundespolitik auf, sich für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine einzusetzen. Diese sollen in Deutschland Asyl und damit ein gesichertes Aufenthaltsrecht erhalten. Initiiert wurde der Appell von Connection e. V., einer Initiative, die sich seit 1993 für Deserteure einsetzt.

Der Appell kann sich dabei vor allem auf zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofs stützen. 2015 urteilte der EuGH im Fall des US-Hubschrauber-Mechanikers Andre Shepherd, der nicht am Irakkrieg teilnehmen wollte. Ein Kriegsdienstverweigerer könne in Europa Asyl erhalten, so der EuGH, wenn er sonst mit hoher Wahrscheinlichkeit an Kriegsverbrechen teilnehmen müsste und die Desertion die einzige Möglichkeit war, sich dem zu entziehen. Im Fall Shepherd sah die deutsche

Justiz zwar die Kriterien nicht erfüllt, aber die Maßstäbe können nun auch im Fall des Ukrainers genutzt werden.

Im zweiten EuGH-Urteil von 2020 ging es um syrische Kriegsdienstverweigerer. Diese können in der EU den Flüchtlingsstatus (und nicht nur subsidiären Schutz) erhalten. Denn bei ihnen könne als Fluchtgrund vermutet werden, dass sie nicht an Kriegsverbrechen teilnehmen wollten.

Im Fall von russischen Deserteuren scheint ein Asylanspruch damit sehr nahe zu liegen. Schließlich bestreitet kein seriöser Beobachter, dass die russische Invasion in die Ukraine ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg ist, der mit zahlreichen Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung einhergeht.

Rudi Friedrich von Connection sieht trotzdem mögliche Probleme beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). „Viele junge Männer, die Russland jetzt verlassen, um nicht in den Krieg ziehen zu

müssen, tun dies, bevor sie einberufen werden, denn anschließend dürfen sie nicht mehr ausreisen.“ Das Bamf könnte daher bezweifeln, ob überhaupt eine konkrete Gefahr bestand, in der Ukraine eingesetzt zu werden.

„Hier wäre ein klares politisches Signal des Bundestags oder eine Anweisung von Innenministerin Nancy Faeser an das Bamf sehr hilfreich“, sagt Friedrich. Bisher sind ihm aber noch keine Asylanträge von russischen Verweigerern in Deutschland bekannt. Diese befänden sich derzeit noch in Ländern wie Georgien, Armenien, Serbien oder der Türkei, wohin sie visumsfrei ausreisen konnten.

Für junge Männer aus Belarus, die sich dem Krieg entziehen wollen, wäre die Lage noch prekärer, wenn sie in Deutschland Asyl beantragen. Denn bisher ist Belarus offiziell noch nicht Kriegspartei an der Seite Russlands. „Es ist aber sehr sinnvoll zu fliehen, bevor die Mobilisierung beginnt“, betont Friedensaktivist Friedrich.

Asylrechtlich am schwierigsten ist die Position ukrainischer Kriegsflüchtlinge. Denn bei der ukrainischen Armee geht es nicht um einen illegalen Angriffskrieg, sondern um eine gerechtfertigte militärische Verteidigung. Und ein generelles Asylrecht für Kriegsdienstverweigerer ist bislang weder in der EU noch in internationalen Verträgen anerkannt.

Nach der ukrainischen Mobilisierung von 2014 im Krieg um den Donbass flohen laut Connection Tausende Ukrainer nach Deutschland, erhielten aber kein Asyl. Ihre Begründung, dass sie nicht in einem Krieg kämpfen wollten, bei dem ihre Familien auf beiden Seiten der Front leben, galt nicht als asylrelevant.

Tatsächlich ist die rechtliche Position ukrainischer Deserteure aber gut – wenn es ihnen gelingt, das Land zu verlassen. Wie alle Ukrainer:innen können sie visumsfrei in die EU einreisen und erhalten ein dreijähriges Aufenthaltsrecht.

**taz panterpreis**

Panter Preis 2022:  
„Klima für Gerechtigkeit“  
Bewerben können sich alle, die z.B.  
- Gemeinschaftsgüter wie Wasser oder Wälder schützen  
- mit Kampagnen oder neuen Rechtsformen ökosoziales Umverteilen bewirken  
- Ländereien vor Spekulation retten  
- „Bio-Ernährung für alle“ praktisch umsetzen  
- solidarische Formen von Mobilität und Energieversorgung finden

**KLIMATIST\*IN GESUCHT**

**MIT-MACHEN!**  
Ihr Vorschlag bis 15.5.2022  
taz.de/pantersuche

Der taz Panter Preis ist ein Projekt der taz Panter Stiftung und mit zweimal 5.000 Euro dotiert.

taz Panter Stiftung | Panter Preis | Friedrichstr. 21 | 10969 Berlin | panter@taz.de